

**Kambodscha:
EU-Handelsinitiative "Everything But
Arms" – Gut für Exporteure, schlecht für
Arme**

**Working Paper von
Fabian Theodor Kießling**

Hanoi, Mai 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Die „Everything But Arms“ Handelsinitiative der Europäischen Union – Definition, Ziele und Maßnahmen ...	1
3. Vorteile der Handelsinitiative aus der Perspektive der Investoren	2
4. Akteure und Entwicklung der Zuckerwirtschaft in Europa	2
5. Nachteile der Handelsinitiative – ein Beispiel aus der Provinz Koh Kong.....	3
6. Initiativen gegen den Landraub.....	5
7. Die menschenrechtliche Verantwortung der Europäischen Union.....	6
8. Die Rolle der deutschen Entwicklungshilfe und das Versteckspiel der kambodschanischen Regierung	8
9. Fazit – Suche nach Lösungsansätzen	9
Disclaimer	11
Information zum Autor.....	11

1. Einleitung

Als Land Grabbing wird die Entwicklung bezeichnet, in der sich internationale Investoren, von Agrarkonzernen, über Banken und Pensionskassen bis hin zu staatlichen Stellen und nationalen Eliten, die Kontrolle über Landflächen sichern. In Kambodscha wurden auf diese Weise seit 2008 bereits rund 2,6 Millionen Hektar Land an Investoren vergeben, was in etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes entspricht. Mindestens 700.000 Menschen in Kambodscha sind seit dem Jahr 2000 von diesen Landkonflikten negativ betroffen.¹ Systematische Zwangsvertreibungen sind an der Tagesordnung. Den betroffenen Menschen wird regelrecht der Boden zum Leben unter den Füßen weggezogen und ihr Menschenrecht auf Nahrung verletzt.

Von der kambodschanischen Regierung und in- wie ausländischen Investoren werden diese Landnahmen als Strategien der Hungerbekämpfung und Entwicklung des ländlichen Raums dargestellt. Befeuert werden die Landnahmen im Fall der Zuckerrohrplantagen zusätzlich durch „entwicklungspolitische“ Maßnahmen der Europäischen Union. Wie genau diese Maßnahmen aussehen und welche konkreten Vor- und Nachteile sie für die beteiligten Akteure, das heißt die kambodschanische Regierung und die Menschen in den betroffenen Gebieten, bringen und welche Verantwortung die EU dabei trägt, wird in den folgenden Punkten dargelegt.

2. Die „Everything But Arms“ Handelsinitiative der Europäischen Union – Definition, Ziele und Maßnahmen

Die Initiative „Everything but Arms“ wurde im Februar 2001 als Abänderung des zu diesem Zeitpunkt gültigen Allgemeinen Präferenzsystems (APS 1) angenommen. Bereits vor Inkrafttreten dieser Initiative sahen die APS-Vorschriften Sonderregelungen für die am wenigsten entwickelten Länder vor.² Am 5.3.2001 wurde die Initiative schließlich vom EU-Ministerrat beschlossen und in Kraft gesetzt. Die Initiative ist als System privilegierter Handelsbeziehungen zu verstehen. Alle Produkte – mit Ausnahme von Waffen - aus den 50 ärmsten Ländern der Welt, den „Least Developed Countries“ (LDC) können zoll- und kontingentfrei in unbegrenzter Menge in den EU-Raum exportiert werden.³ Mit sofortiger Wirkung wurden 1073 Tarifpositionen liberalisiert, zum größten Teil landwirtschaftliche Produkte. Zucker, Reis und Bananen wurden jedoch nicht sofort liberalisiert, da insbesondere der Zucker in der EU kostengünstiger produziert wird und so zur Konkurrenz für europäische Zuckerproduzenten werden könnte. Bis 2009 wurde daher im Rahmen einer Übergangsregelung auf die LDC Länder zunächst eine zollfreie Quote für den Export von Rohzucker in die EU verteilt.⁴ Bis 2009 stieg diese Quote jährlich um 15%.⁵ Seit 2009 darf jedoch auch Zucker zoll- und quotenfrei nach Europa exportiert werden – unter der Bedingung, dass europäische Qualitätsstandards erfüllt und Nachweise erbracht werden, dass der Zucker aus den entsprechenden Ländern stammt. Zudem dürfen die LDCs nur Rohzucker liefern und erhalten dafür den Interventionspreis für Rübenrohrzucker. Steigen die Importmengen aus einem Land innerhalb eines Jahres um mehr als 25%, kann die EU Maßnahmen zur Einschränkung der Zollfreiheit ergreifen.⁶

Ziel der Maßnahme ist es, die Exporte der ärmsten Länder und dadurch deren Deviseneinnahmen zu steigern. Least Developed Countries sollen auf diese Weise stärker in den Weltmarkt integriert, in ihrer wirtschaftlichen,

¹ <http://www.actionaid.org/eu/2014/03/cambodia-eba-initiative-under-accuse> 21.03.2014

² <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=en&ihlmlang=en&lng1=en.de&lng2=da.de.el.en.es.fi.fr.it.nl.pt.sv.&val=338717:cs> 29.04.2014

³ Als LDC gelten laut Kriterien der UNO Staaten mit max. 75 Millionen Einwohnern, einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von unter 750 US-Dollar, schwachen Humanressourcen (schlechte Ernährungs-, Gesundheits- und Bildungssituation), wirtschaftlicher Verwundbarkeit (geringe Wirtschaftskraft, wenig diversifizierte Ökonomie, Anfälligkeit für Naturkatastrophen).

⁴ <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=en&ihlmlang=en&lng1=en.de&lng2=da.de.el.en.es.fi.fr.it.nl.pt.sv.&val=338717:cs>

⁵ http://www.zuckerinfo.de/inhalte/1_europa/1_2_3_eba.htm 29.04.2014

⁶ http://www.zuckerinfo.de/inhalte/1_europa/1_2_3_eba.htm 29.04.2014

gesellschaftlichen und umweltpolitischen Entwicklung unterstützt und so die Armut verringert werden.⁷ Ein faireres weltweites Handelssystem ist das übergeordnete Ziel der EBA-Initiative.⁸

3. Vorteile der Handelsinitiative aus der Perspektive der Investoren

Zusammen mit den hohen Zuckerpreisen in der EU erzeugt die EBA-Initiative einen starken ökonomischen Anreiz, landwirtschaftliche Erzeugnisse, im hier beschriebenen Beispiel Zuckerrohr in Kambodscha für die EU anzubauen. Die EBA-Initiative hat einen regelrechten Zuckerrohrboom in Kambodscha ausgelöst – so wurden in den letzten Jahren mindestens 75.000 Hektar Land von internationalen Konzernen und nationalen Eliten für den Zuckerrohrbau genutzt.⁹ Mehrfach betonten die größtenteils ausländischen Konzerne, dass der zollfreie Zugang zum europäischen Markt im Rahmen der Initiative Grundlage ihres Geschäftsmodells ist. Es sei ein enormer Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Staaten entstanden verbunden mit großen Einsparungen für die Kunden.¹⁰ Auch viele kambodschanische Produzenten ziehen auf diese Weise großen Nutzen aus der Handelsinitiative. Ein Vertreter von Mittr Phol, Asiens größtem Zuckerhersteller, bestätigt dies gegenüber der Bangkok Post.¹¹ Neben Feldern in Kambodscha, verfügt der thailändische Konzern auch über Anbauflächen in Laos und China und über ein Joint Venture mit dem britischen Nahrungsmittelunternehmen Tate&Lyle in Vietnam. 2009 hatten nach offizieller Angabe die Exporte aus Kambodscha bereits einen Wert von 751 Millionen Euro, bis zu drei Viertel entstammen dabei der EBA-Initiative, ein Großteil davon entfallen auf Schuh-, Fahrrad- und Textilexporte.

In der Theorie sollen auch die Menschen vor Ort von den Gewinnen der auswärtigen Investoren profitieren. Dies soll folgendermaßen funktionieren: Der Staat bekommt von der Zuckerfirmen Steuern, die er für Infrastruktur und Ausgaben im öffentlichen Interesse ausgibt. Die Zuckerfirmen investieren ihre Gewinne, können also Zuckermühlen modernisieren, Anbauflächen vergrößern und mehr Menschen einstellen und/oder weiterbilden, die mit diesem Einkommen ihre Familien besser ernähren können.¹² Der Vertragsanbau von Zuckerrohr kann auf diese Weise neue Möglichkeiten für Bäuer_innen eröffnen. Wie dies allerdings in der Praxis funktioniert, wird in Punkt 5 näher erläutert.

4. Akteure und Entwicklung der Zuckerwirtschaft in Europa

Der nach Europa importierte Rohzucker aus Kambodscha wird überwiegend von dem britischen Zuckerkonzern Tate&Lyle zu Weißzucker verarbeitet. Die Lieferung ist integraler Bestandteil eines 5-Jahres Vertrages zwischen dem thailändischen Zuckerkonzern Khon Kaen Sugar Industry Public Company Limited (KSL), der in Kambodscha über einen Großteil der Zuckerrohrfelder verfügt, und Tate&Lyle. Am 10. Juni 2010 wurde von KSL ein erstes Kontingent von 10.000 Tonnen Zucker nach Großbritannien geliefert. Bis heute sind es Importe im Umfang von 32 Millionen Dollar.¹³ Die Deutsche Bank ist der fünftgrößte Anteilseigner von Tate&Lyle und versucht seit Jahren, an den Gewinnmargen der Landenteignungen in Kambodscha zu profitieren.¹⁴ Auch Pensionskassen kaufen Aktien von Landbesitzern oder direkt Ackerland, so hat beispielsweise die deutsche Ärzteversorgung Westfalen-Lippe über einen Fonds 100 Millionen Euro in Agrarland gesteckt. Das Zuckergeschäft ist in Europa lukrativ.

⁷ Präambel, Punkt (3) der EBA Verordnung (EU 978/2012)

⁸ <http://esharp.eu/jargon/everything-but-arms-eba/> 29.04.2014

⁹ <http://www.boycottbloodsugar.net/everything-but-arms/> 29.04.2014

¹⁰ <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paasi692.html> 29.11.2010

¹¹ <http://www.bdo-thaitax.com/bdo/in-the-news/49> 08.02.2010

¹² http://www.zuckerinfo.de/inhalte/1_europa/1_2_3_eba_d.htm 29.04.2014

¹³ <http://www.cambodiadaily.com/archives/report-says-eus-trade-scheme-is-impoverishing-villagers-42688/> 19.09.2013

¹⁴ <http://cambodia-news.net/2013/05/17/land-grabbing-in-kambodscha-deutsche-bank-erneut-am-pranger/> 17.05.2013

Vor der Liberalisierung des Zuckerexports führten die Zuckerimporte nicht zu einer weiteren Steigerung der Zuckerüberschüsse der EU, weil die Einfuhren mit dem Präferenzzucker (SPS) verrechnet wurden - im Rahmen der Initiative darf nur Rohzucker in die EU eingeführt werden. Bis 2006 war daher die Einfuhr im Rahmen der EBA-Initiative mit weniger als 1% der EU-Produktion sehr gering und daher eher ein Instrument der Entwicklungspolitik. Ab 2006 wurden die Zuckerzölle der EU schrittweise gesenkt, ab 2009 fielen die Quoten jedoch komplett weg. Seitdem steigen die Zuckerimporte im Rahmen der EBA-Initiative stark an und die Zuckerproduktion in der EU muss reduziert werden, denn laut WTO ist die EU verpflichtet, ihre subventionierten Zuckerexporte zu begrenzen.¹⁵ Zwischen 2012 und 2013 haben sich die Zuckerimporte nochmals verdoppelt.

5. Nachteile der Handelsinitiative – ein Beispiel aus der Provinz Koh Kong

Die eben beschriebenen Vorteile der EBA-Initiative für die Investoren und Großkonzerne liegen auf der Hand. Im Allgemeinen ist der Zuckersektor jedoch nicht unbedingt ein geeignetes Mittel zur Armutsbekämpfung. Die Arbeitsbedingungen vor Ort auf den Zuckerplantagen sind hart und die Löhne niedrig. Zudem taugt der Zuckersektor nicht als Motor für die Volkswirtschaft: Er ist nicht sehr arbeitsintensiv und schafft zudem weitaus weniger Arbeitsplätze als zum Beispiel der Getreideanbau. Am Beispiel Kambodschas zeigt sich des Weiteren die menschenrechtliche Kehrseite der EBA-Initiative. Die Absichten der EU, mit der EBA-Initiative Einkommen und Beschäftigung in Ländern wie Kambodscha zu schaffen, sind ehrenwert. Aber de facto spielen die beiden Aspekte keine große Rolle.

Denn nachweislich führt die Initiative zu Landraub und brutalen Vertreibungen der ländlichen und indigenen Bevölkerung. Firmen und privilegierte Landsleute, oft Mitglieder der regierenden kambodschanischen Volkspartei unter Premierminister Hun Sen, eignen sich im großen Umfang Felder und Wälder - die Lebensgrundlage der Bäuer_innen vor Ort - an. Häufig sind es ausländische Investoren und Großkonzerne, die von der Regierung „wirtschaftliche Landkonzessionen“ erhalten, wenn sie Grundstücke für Plantagen und Fabriken zur Zuckerproduktion brauchen. Die EU-Handelsanreize fördern so eine agroindustrielle Exportlandwirtschaft, die die dortige Ernährungssouveränität untergräbt und so zur Verletzung des Rechts auf Nahrung beiträgt.¹⁶ Die kambodschanischen Bäuer_innen verarmen zusehends und werden in die Verzweiflung getrieben. Bereits im Jahre 2008 berichtete der damalige UN-Sondergesandte und Verfasser der „Asian Human Rights Charter“ Yash Ghai an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen von unvermindert gewaltsamen und illegalen Vertreibungen in den betroffenen Regionen in Kambodscha. Im Vorfeld der gewaltsamen Vertreibungen machen örtliche Behörden und private Grundstücksunternehmen, auch in Gegenwart von Militär- oder Polizeikräften, von Drohungen, Einschüchterungen und auch physischer Gewalt gebrauch. Die Landrechte der betroffenen Personen werden dabei regelmäßig von einflussreichen Personen, Firmen und staatlichen Organen ungestraft verletzt. Obwohl die Eigentümer_innen der Ländereien rechtmäßige Pacht- oder Besitzansprüche nachweisen können, werden Sie gezwungen, geringe Veräußerungspreise zu akzeptieren oder auch auf andere Grundstücke zu ziehen. Dort fehlen jedoch in aller Regel geeignete Unterkünfte, Anschluss an sanitäre Anlagen und auch medizinische Versorgung. Zudem sind die neuen Grundstücke weit von dem Arbeitsort der Bewohner_innen entfernt, was die Lebenshaltungskosten erheblich erhöht.¹⁷

Betroffen von dieser Entwicklung sind besonders die Zuckerrohrplantagen in den Provinzen Koh Kong, Kampong Speu und Oddar Meanchey. Das Dorf Chouk nahe der thailändischen Grenze in der Provinz Koh Kong gelangte in diesem Zusammenhang zu trauriger Berühmtheit. Am Morgen des 19. Mai 2006 fuhren an der Nationalstraße, die

¹⁵ http://www.zuckerinfo.de/inhalte/1_europa/1_2_3_eba.htm 29.04.2014

¹⁶ <http://www.inclusivedevelopment.net/eus-everything-but-arms-initiative-is-impooverishing-cambodian-farmers/> 17.09.2013

¹⁷ Yash Ghai: [UN Doc. A/HRC/7/42, Abs. 62, 63 http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G08/115/04/PDF/G0811504.pdf?OpenElement](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G08/115/04/PDF/G0811504.pdf?OpenElement) 29.02.2008

den Ort durchschneidet, Bulldozer auf. Männer des Unternehmens Khon Kaen Sugar Industrie PCL aus Thailand präsentierten den kambodschanischen Dorfbewohner_innen Papiere und erklärten, dass das Land von jetzt an ihnen gehöre.¹⁸ Die „offiziellen“ Papiere erhielten sie vom kambodschanischen Geschäftsmann und Senator Ly Yong Phat, der sich die Konzession für eine Zuckerrohrplantage im Umfang von 20.000 Hektar Land sichern und diese gewinnbringend an Khon Kaen Sugar Industrie PCL veräußern konnte. Die Bulldozer begannen daraufhin, das Gros der Anbauflächen der Bevölkerung bestehend aus Reis, Gemüse und Wassermelone – die Ernährungs- und Verdienstgrundlage der Dorfbewohner zu zerstören. Die verzweifelten Bäuer_innen versuchten sich Ihnen entgegenzustellen. Die Polizei und das Militär reagierten darauf mit aller Brutalität - es fielen Schüsse, eine Demonstrantin wurde verletzt. Neben dem Landraub wurden auch gewaltsame Vertreibungen von Dorfbewohner_innen und die Zerstörung von Häusern dokumentiert.

Heute wächst auf den Feldern Zuckerrohr, um die Plantage herum ist Stacheldraht gespannt. Die Felder der Dorfbewohner_innen sind damit auf ein Minimum geschrumpft – insgesamt ist ihnen noch jeweils ein halber Hektar Land zur Bewirtschaftung geblieben, zuvor pflanzten die Familien Reis, Gemüse und Wassermelonen auf Parzellen von 2,5 bis 5 Hektar an. Als Entschädigung erhielten die Bewohner_innen von Chouk umgerechnet ca. 50 US-Dollar pro Hektar, obwohl der marktübliche Preis bei 500 bis 1000 Dollar pro Hektar liegt. Zum Teil bekamen die Betroffenen als Entschädigung lediglich Kleidung, Medikamente und Mobiltelefone.¹⁹

Die rund 270 Familien aus Chouk verloren durch die Zwangsentziehungen ihre Lebensgrundlage. Das Überleben in der Ortschaft ist schwierig geworden. Zwar fanden einige Dorfbewohner_innen im Anschluss Arbeit auf der Zuckerplantage, verdienen dort aber nur etwa einen Euro am Tag. Für jeweils 20 geerntete Zuckerrohre werden zwei Cent gezahlt. Seit 2010 dürfen die Dorfbewohner_innen jedoch nicht mehr auf der Plantage vor Ort arbeiten. Als Begründung wurden Proteste der Kleinbäuer_innen gegen die Plantage angeführt. Gemeindeglieder_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen wurden zudem ins Gefängnis geworfen. Seitdem haben die meisten jungen Leute die Gegend verlassen, in den einfachen Holzhäusern wohnen fast ausschließlich Kinder und ältere Menschen. Zudem hat der Bau der Zuckerrohrfabrik dazu geführt, dass der Fluss, der an Chouk vorbeifließt, inzwischen aufgrund der dort eingeleiteten Abwässer verseucht ist. Die Kühe der Dorfbewohner_innen wurden krank, die Fische verendeten. Familien, die keine andere Wasserquelle hatten, erkrankten an Durchfall. Die Bewohner_innen von Chouk sind heute auf das bescheidene Angebot auf dem Dorfmarkt angewiesen, die nächste Stadt liegt vier Fußstunden entfernt. Vor allem die Kinder der armen Bäuer_innen sind gefährdet, die zu wenig oder gar kein Land haben. Armut führt zu Hunger, Nahrungsunsicherheit und Unterernährung, was wiederum die kognitive und die körperliche Entwicklung der Kinder hemmt. Aus Kostengründen können auch viele Kinder nicht den Schulunterricht besuchen. Kinderarbeit ist in Chouk und auch in den anderen betroffenen Provinzen in Kambodscha keine Seltenheit.²⁰ Im Bericht „Bittersweet Harvest“ der kambodschanischen NGO *Equitable Cambodia* und dem gemeinnützigen Verein *Inclusive Development International* wird von Kinderarbeit auf allen Zuckerrohrplantagen in Kambodscha berichtet. Genannt wird unter anderem die Zahl von 85 Kindern, zum Teil erst acht Jahre alt, die unter erschwerten und menschenunwürdigen Bedingungen auf den Plantagen der Koh Kong Provinz für den britischen Zuckerkonzern Tate & Lyle Sugars arbeiten.²¹ Der Bericht basiert auf Interviews mit 275 betroffenen Personen, darunter Kommunalpolitiker_innen, Menschenrechtler_innen, Gemeindeglieder_innen und Kleinbäuer_innen aus den Provinzen Koh Kong, Kampong Speu und Oddar Menachey.

In der gleichen Provinz wurde ein Menschenrechtsverteidiger mit einer Axt getötet. Zwei Dörfer in Koh Kong wurden vollkommen dem Erdboden gleich gemacht, mehr als 11.500 Hektar Reisflächen zerstört und die Obstgärten der über 200 Familien im Dorf beschlagnahmt. Die betroffenen Menschen wurden obdachlos. In der Gemeinde

¹⁸ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

¹⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

²⁰ <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00157.html> 9.10.2013

²¹ http://www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2013/10/Bittersweet_Harvest_web-version.pdf 01.10.2013

Kampong Damrei in der Provinz Kratie starb 2012 eine Jugendliche an einer Schussverletzung, die ihr schwer bewaffnete Sicherheitskräfte bei der Erstürmung ihres Dorfes Prama zugefügt hatten.²²

Die Sachlage ist damit klar – die betroffenen Menschen sind massiven Menschenrechtsverletzungen schutzlos ausgesetzt. Der Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, einer angemessenen Unterbringung, Bildung und Gesundheit ist größtenteils nicht mehr gewährleistet. Viele Betroffene leiden gar an extremem Hunger, vor allem diejenigen, die nicht für die internationalen Konzerne für einen Hungerlohn schufteln können, weil sie arm oder krank sind. Dort, wo der Staat schwach und korrupt ist, können sich die Bäuer_innen auch keinen rechtlichen Beistand erhoffen, um ihre Rechte zu verteidigen.

6. Initiativen gegen den Landraub

Die kambodschanische *Kampagne für sauberen Zucker (Cambodian Clean Sugar Campaign)* ist ein Zusammenschluss betroffener Gemeinden und kambodschanischer NGOs und kämpft gegen den Zuckerrohr-Anbau auf enteignetem Land, gegen die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen und die Umweltschäden, die der Zuckerboom in Kambodscha mit sich bringt. Neben rechtlichen Schritten soll auch öffentlicher Druck auf die Konzerne in Europa ausgeübt werden, die von den Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha profitieren.²³ Dazu macht die Kampagne im Internet mit einem im Juli 2012 gestarteten Online-Appell an Kund_innen und einem drastischen Video Druck: Die Verbraucher_innen sollen aufgeklärt und dazu gebracht werden, Druck auf die Zuckerraffinerie Tate and Lyle auszuüben. Die Verbraucher_innen sollen dazu beitragen, das Problem zu lösen, indem sie das britische Unternehmen auffordern, keinen „blutigen Zucker“ mehr von Lieferanten aus Kambodscha zu kaufen. Im Supermarkt-Regal sollen Verbraucher_innen genau nach dem Herkunftsland des Produkts schauen. Ziel ist der Boykott von kambodschanischem Zucker und der britischen Süßwarenfirma Tate & Lyle in der Europäischen Union. Zudem sollen die Rechte der Gemeinden und Kleinbäuer_innen, die von der Landnahme negativ beeinflusst wurden, wieder gestärkt werden. Die Entwicklung der Landwirtschaft und der Handelspolitik müsse sich zukünftig stärker auf die Bedürfnisse der lokalen Kleinbäuer_innen und der Gemeinschaft in den betroffenen Gebieten zugeschnitten sein. Das britische Unternehmen möchte sich auch nach mehrfacher Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern.²⁴ Auch die Organisation *Equitable Cambodia* kämpft seit vielen Jahren für die Rechte der betroffenen Bäuer_innen und berichtet über Zusammenhänge, Hintergründe und Reaktionen der Verantwortlichen in Europa. Auch der international agierende Think Thank *Transnational Institute* engagiert sich in Kooperation mit der Menschenrechtsorganisation *Food First Information and Action Network (FIAN)* in Deutschland, den Niederlanden und Österreich und mit dem polnischen *Institute of Global Responsibility* als Teil des EU-weiten Projektes *Hands off the Land* gegen Land Grabbing in Kambodscha. Das Bewusstsein für Land Grabbing in den Kreisen der Politiker_innen, Akademiker_innen und der allgemeinen Öffentlichkeit soll in Europa gestärkt werden. *Hands off the Land* erhält finanzielle Unterstützung von der Europäischen Kommission²⁵, geht jedoch auf kritische Distanz zur Politik der Europäischen Union in Kambodscha.²⁶ Die Nichtregierungsorganisationen *Bridges Across Borders Cambodia* weist besonders auf die Nachteile für die arme Landbevölkerung hin.²⁷

²² <http://cambodia-news.net/2012/05/17/teenager-bei-zwangsvertreibung-erschossen/> 17.05.2012

²³ <http://www.boycottbloodsugar.net/the-campaign/> 29.04.2014

²⁴ http://www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id_58551182/kampf-gegen-blutigen-zucker-in-europas-supermaerkten.html 09.08.2012

²⁵ Die EU fördert auch Vorhaben, die in Ländern außerhalb der EU ausgeführt werden und vor allem Personen und Einrichtungen außerhalb der EU zugutekommen, zum Beispiel Entwicklungshilfeprojekte im sog. Globalen Süden. Diese Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung sind dennoch auch für Personen und Einrichtungen in der EU interessant. Europäische NGOs etwa in den Bereichen Umwelt oder Entwicklung können Projekte beantragen, mit denen sie z. B. zu Umweltschutz oder Armutsbekämpfung im sog. Globalen Süden beitragen.

²⁶ <http://www.tni.org/page/about-hands-land> 10.07.2012

²⁷ <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/paasi692.html> 29.10.2010

7. Die menschenrechtliche Verantwortung der Europäischen Union

Gemäß den Maastrichter Prinzipien, Absatz 3 haben „alle Staaten die Verpflichtung, die Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, einschließlich der bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Territoriums“. Im Absatz 24 heißt es weiter, dass „alle Staaten die notwendigen Maßnahmen ergreifen müssen um sicherzustellen, dass nicht-staatliche Akteure, die zu regulieren sie (...) in der Lage sind, wie Privatpersonen und Organisationen, transnationale Konzerne und andere Firmen, den Genuss von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten nicht unmöglich machen oder beeinträchtigen. Diese Maßnahmen schließen Verwaltungs-, Gesetzgebungs-, Untersuchungs-, Rechtsprechungsmassnahmen und andere Maßnahmen ein.“²⁸ Nun ist die EU jedoch selbst Teil des Problems. Menschenrechtler_innen geben der EU einen Teil der Schuld am gegenwärtigen Zucker-Boom, da sie indirekt die Landräuber in Kambodscha fördere. Seitdem zollfrei Zucker in die Europäische Union exportiert werden kann, habe sich das Problem illegaler Landnahmen bedeutend verschärft. Am 26.10.2012 hat das Europaparlament zwar eine Resolution zum bitteren Geschäft mit dem Zucker verabschiedet. Darin werden die „schweren Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Landkonzessionen“ kritisiert und es wird weiter gefordert, die Zollpräferenzen des „Everything But Arms“-Programms zeitweilig auszusetzen.²⁹ Am 16. November 2013 haben schließlich 16 NGOs aus Kambodscha und Europa, sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments ein Schreiben an Karel de Gucht, amtierender Kommissar für Handel in der EU-Kommission Barroso II, gerichtet. Darin fordern sie den Kommissar auf, innerhalb des EU-Handelsausschusses Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen der kambodschanischen Zuckerwirtschaft im Rahmen der EBA-Initiative und den systematischen Menschenrechtsverletzungen, anzustellen. In einer Resolution am 16. Januar 2014 forderten Abgeordnete des EU-Parlaments die Europäische Kommission dringend zum direkten Handeln und den Erlass von Maßnahmen auf.³⁰

Allerdings weigert sich die EU-Kommission derartige Konsultationen durchzuführen oder gar die Zoll-Privilegien im Rahmen der EBA-Initiative auszusetzen. Den im September 2012 veröffentlichten Bericht des UNO-Berichterstatters in Kambodscha zur Lage vor Ort erkennt die EU-Kommission nicht an, obwohl darin auf hinreichend belegte schwerwiegende und weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Landverteilungsmaßnahmen hingewiesen wird. Auch der UN-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte hat sich auf diese Weise geäußert. Stattdessen fordert die Kommission einen Bericht von einem internationalen Kontrollausschuss wie dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.³¹ Auch das Parlament in Kambodscha empfahl in seiner Entschließung vom 26. Oktober 2012, die EBA-Präferenzen für Zucker und andere Agrarerzeugnisse aus Kambodscha wegen des Zusammenhangs zwischen Zuckerexporten in die EU und Problemen mit Landkonzessionen zeitweilig auszusetzen, nachdem die Maßnahmen, die die kambodschanische Regierung ergriffen hat die Menschenrechtsslage bisher nicht verbessert haben. Kambodschanische Menschenrechtler_innen, wie beispielsweise die Organisation *Equitable Cambodia*, fordern in diesem Zusammenhang gar ein härteres Vorgehen der EU gegen die kambodschanische Regierung. Die Maßnahmen, die die Regierung bisher ergriffen haben, seien nur Scheinmaßnahmen, denn inoffiziell profitiert die Regierung von der EBA-Initiative, da sie den Zuckerbaronen illegal Land zuschanzt. Wichtig sei es daher, dass die EU mehr Druck auf die Regierung ausübt.³² Der EU-Botschafter in Kambodscha, Jean- François Cautain versichert, der Sache nachzugehen und die Eigentumsverhältnisse zu klären: "Wir sprechen darüber mit der Regierung, ich würde sagen, eigentlich fast täglich. Wir haben

²⁸ <http://www.fian.ch.org/wp-content/uploads/ExtraterritorialeStaatenpflichten.pdf> 28.09.2011

²⁹ <http://cambodia-news.net/2012/11/04/eu-parlament-attackiert-kambodscha-scharf/> 04.11.2012

³⁰ <http://www.phnomhpenhpost.com/national/eu-resolution-passed-against-sugar-abuses> 21.01.2014

³¹ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+P-2013-002679+0+DOC+XML+V0//DE> 07.03.2013

³² <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/video-blutiger-zucker-aus-kambodscha/6837288.html> 05.07.2012

Erklärungen von ihr gefordert, Dokumente, wie diese Konzessionen zustande gekommen sind“.³³ Seitdem wurden offenbar von der kambodschanischen Regierung weitere Konzessionen eingefroren, für Stellungnahmen waren Vertreter_innen der Regierung jedoch nicht bereit. Die Regierung sieht die Verantwortung indes bei den Unternehmen selbst. Diese wiederum sehen keine Schuld, da sie das Land legal von der Regierung bekommen hätten. Sie operieren hinter einem Schleier der Verschwiegenheit. So weisen alle Beteiligten die Schuld von sich und die Kleinbäuer_innen bleiben außen vor.³⁴

Eine offizielle Stellungnahme der EU-Kommission zur brisanten Lage der illegalen Landnahmen in Kambodscha ist wohl in naher Zukunft nicht zu erwarten. 2010 gab der ehemalige Botschafter der EU in Kambodscha, Rafael Dochao Moreno, Radio Australia News folgendes Interview: “It’s like accusing for instance, where there’s a drunk driver killing a pedestrian, you accuse the manufacturers of cars of this killing ... There is a relation, because the car has killed a person, but it is not a direct responsibility of someone that is manufacturing cars... What we cannot do at a European Union level is to say, ‘Well, we are going to stop Everything But Arms, that is benefiting the whole of Cambodia because in a specific area in a land economic concession ... an abuse has been committed with the people in that area’.”³⁵ An dieser Einstellung hat sich bis zum heutigen Tag nicht viel geändert – die Europäische Union verkauft Autos, deren Bremsen in Kambodscha nicht richtig funktionieren.

Kambodschanische und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern die EU in diesem Zusammenhang auf, sich endlich mit den sozialen und ökologischen Folgen ihrer Handelspolitik zu befassen. Die EU solle die folgenden Handelsschritte initiieren:³⁶

- Die EU soll auf ihrem Gebiet den Verkauf unlauter hergestellten Zuckers verbieten.
- Die EU soll diejenigen Unternehmen auf eine Ausschlussliste setzen, die internationale Normen verletzen. Unternehmen, die den Dorfbewohner_innen ihr Land wegnehmen, ihre Häuser zerstören und Kinder für sich arbeiten lassen, dürfen nicht mit Handelsprivilegien belohnt werden.
- Alle Unternehmen, die Zucker nach Europa exportieren, sollen einer Due-Diligence Prüfung³⁷ unterzogen werden, um sicherzustellen, dass menschenrechtliche Standards eingehalten werden.
- Die EU soll endlich von der Menschenrechtsklausel der EC Council Regulation No 732/2008 (Allgemeines Zollpräferenzsystem) Gebrauch machen. Die Klausel sieht die Aussetzung von Handelspräferenzen vor (von bestimmten oder allen Produkten in das betreffende begünstigte Land), wenn schwerwiegende und systematische Verstöße gegen die Grundsätze der internationalen Menschenrechtskonvention nachgewiesen werden können.³⁸ Gerade am Beispiel Kambodschas erschiene es grotesk, dass die Bremsen der Handelsinitiative nicht angewendet werden.³⁹

Umgesetzt wurde davon bisher nichts. Es bleibt wenigstens ein schwacher Trost, dass mit dem EU-Parlament zumindest eine Institution ihre Verantwortung wahrnimmt und auf die schlimmsten Exzesse hinweist. Solange die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Premierminister Hun Sen weiter finanziell stützen, wird jedoch die EU-Kommission die grundsätzlichen Beziehungen zu Kambodscha kaum überdenken.

³³ <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/video-blutiger-zucker-aus-kambodscha/6837288.html> 05.07.2012

³⁴ http://www.t-online.de/wirtschaft/unternehmen/id_58551182/kampf-gegen-blutigen-zucker-in-europas-supermaerkten.html 09.08.2012

³⁵ <http://www.boycottbloodsugar.net/everything-but-arms/> 29.04.2014

³⁶ <http://aprodev.eu/files/Trade/aprodev%20policy%20brief%20on%20hr%20and%20trade%20cambodia%20final.pdf> März 2012

³⁷ Due Diligence (DD) bezeichnet eine mit „gebotener Sorgfalt“ durchgeführte Risikoprüfung, die Stärken, Schwächen und die entsprechenden Risiken eines Objekts analysiert.

³⁸ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:211:0001:0039:EN:PDF> 06.08.2008

³⁹ <http://www.boycottbloodsugar.net/everything-but-arms/> 29.04.2014

Action Aid berichtete indes in einem Beitrag Ende März dieses Jahres von einem informellen Treffen von Vertreter_innen der kambodschanischen Regierung, Zuckerunternehmen und einer Delegation der Europäischen Union mit Vertreter_innen der Europäischen Kommission, um den Anspruch vertriebener Dorfbewohner_innen auf Entschädigungsleistungen zu prüfen. Die Betroffenen setzen große Hoffnung in die Konsultationen und erhoffen sich konkrete Maßnahmen und Lösungsansätze für die vom Landraub betroffenen Kommunen. Es bleibt abzuwarten, ob die Verhandlungen tatsächlich einen Richtungswechsel der Europäischen Kommission mit sich bringen werden. Fragwürdig ist zudem weiter die Ernsthaftigkeit der Konsultationen seitens der kambodschanischen Regierung, die vom Landraub in besonderem Maße profitiert.⁴⁰ Näheres hierzu findet sich im nächsten Abschnitt.

8. Die Rolle der deutschen Entwicklungshilfe und das Versteckspiel der kambodschanischen Regierung

Das Geschehen in Kambodscha wirft die Frage auf, inwieweit ausländische Entwicklungshilfeorganisationen mit einem autoritären Regime zusammenarbeiten können. Der Grünen-Politiker Thilo Hoppe fordert in diesem Zusammenhang bereits, die „staatliche Zusammenarbeit auszusetzen“.⁴¹ Die Weltbank hat bereits 2011 aus Protest gegen die Vertreibungen der lokalen Bevölkerung und der Enteignung ihrer bewirtschafteten Felder Kredite an Kambodscha gestoppt. Nach Ansicht der Weltbank gab es in den letzten Jahren keine substantiellen Fortschritte der kambodschanischen Regierung im Kampf gegen die ungelösten Landkonflikte. Ein finanzielles Engagement sei aus diesem Grund nicht mehr zu verantworten gewesen.⁴²

Immerhin versucht Kambodschas Regierung nun, mehr Rechtssicherheit zu schaffen. So hat das Parlament in den letzten Jahren Gesetze verabschiedet, die jeder/m Kambodschaner_in das Land zusprechen, das er/sie mindestens fünf Jahre lang bebaut hat. Wird es ihr/m weggenommen, soll sie/er entschädigt werden. Alle Bürger_innen sollen zudem ihr Grundeigentum bei einer Katasterbehörde registrieren lassen können. Auch die deutsche Bundesregierung hat sich bereits 2008 für diese Regelung ausgesprochen. Durch die Unterstützung des Aufbaus des Katasterwesens könne man dazu beitragen, Haushalte mit Rechtsansprüchen auf Land wieder in den Besitz von rechtlich abgesicherten Landtiteln zu bringen.⁴³ Bis Ende 2012 bekamen rund zwei Millionen Menschen auf diese Weise einen Landtitel zuerkannt - für weitere vier Millionen werde sie noch geschaffen.⁴⁴

Unterstützung erhält die Regierung bereits seit 2002 von Kataster-Expert_innen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Rolle der GIZ ist aber bei Bürgerrechtler_innen, Nichtregierungsorganisationen vor Ort und auch deutschen Entwicklungshelfer_innen umstritten. Sie werfen der GIZ vor, Regierungschef Hun Sen nutze das Projekt nur, um den Anschein zu erwecken, die Vergabe der Landkonzessionen entspreche kambodschanischem Recht. In Wirklichkeit denke er nicht daran, den Bodenbesitz gerecht zu verteilen. Mitarbeiter_innen der GIZ dürfen beispielsweise nicht aufs Land reisen, um zu kontrollieren, ob ihr Projekt tatsächlich auch Gerechtigkeit schafft, also wie die Zuteilung der Grundstückstitel umgesetzt wird. Dies betrachte Premier Hun Sen als Einmischung in innere Angelegenheiten.⁴⁵

Wenn so der von Premierminister Hun Sen angeordnete Stopp in der Vergabe von Landkonzessionen und die Überprüfung bereits bestehender Nutzungsrechte aussieht, dann drängen sich zwangsläufig Zweifel an Ernsthaftigkeit wie Durchsetzungsfähigkeit der Regierung auf. Zusätzlich erschwert wird die Zuerkennung von Landtiteln durch das Erbe der Gewaltherrschaft der Roten Khmer von 1975-1979. Damals wurden Landeigentumstitel abge-

⁴⁰ <http://www.actionaid.org/eu/2014/03/cambodia-eba-initiative-under-accuse> 21.03.2014

⁴¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

⁴² <http://cambodia-news.net/2012/05/17/teenager-bei-zwangvertreibung-erschossen/> 17.05.2012

⁴³ Zwangsvertreibungen und illegale Landnahme in Kambodscha, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen, Bundestagsdrucksache 16/101430 vom 19. August 2008

⁴⁴ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

⁴⁵ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

schaft und jeder Quadratzentimeter Kambodschas zu Staatseigentum erklärt. Niemand weiß daher so recht, welches Land Privateigentum ist und welches dem Staat gehört. Die entsprechenden Dokumente sind seit Jahren verschwunden.⁴⁶

Zudem sind Regierungsbeamte bei der Vergabe von Landkonzessionen häufig selbst Teil des Problems. Genannt werden muss in diesem Zusammenhang Ly Yong Phat, Kambodschas einflussreichster Geschäftsmann und Senator der regierenden „Cambodian People’s Party“. Er wird nicht ohne Grund als „Sugar Kingpin“ bezeichnet. Die L.Y.P. Group, ein Zusammenschluss des Senators mit den thailändischen Konzernen Kohn Kaen Sugar Industry Public Company Limited (KSL) und Mittr Pohl Sugar Corp und dem taiwanesischen Unternehmen Ve Wong, verfügt in Kambodscha über 86.000 Hektar Landfläche.⁴⁷ Aufgrund seiner Beziehungen sind Ly Yong Phat und seine beteiligten Unternehmen in der Lage, sich über die Gesetze in der Vergabe von Landkonzessionen nach Belieben hinwegzusetzen. Das kambodschanische Bodenrecht aus dem Jahre 2001 begrenzt die Größe von Landkonzessionen auf 10.000 Hektar. 2006 unterzeichnete das Landwirtschaftsministerium einen Konzessionsvertrag mit den beiden Firmen „Koh Kong Plantation Company Limited“ und „Koh Kong Sugar Industry Company Limited“ in der Provinz Koh Kong. Beide Konzessionen waren jedoch jeweils über 9.000 Hektar groß und grenzen direkt aneinander. In der Tat bildeten sie eine einheitliche, 19.100 Hektar große Konzession. Würde es sich bei beiden Firmen um getrennte Rechtsträger handeln, wäre die Vergabe der Landkonzession legal. Jedoch sind beide Firmen nahezu identisch und teilen die gleiche Büroanschrift. Anteilseigner beider Firmen sind der thailändische Zuckerkonzern Khon Kaen Sugar Industry Public Company Limited (KSL), mit jeweils 50 Prozent, und Ly Yong Phat, mit jeweils 20 Prozent. Derartige Konzessionsverträge sind üblich, um das kambodschanische Landrecht zu umgehen. 2008 registrierte Ly Yong Phat in der Provinz Oddur Meanchey ein ähnliches Firmengeflecht mit dem thailändischen Zuckerkonzern Mittr Phol. In der Provinz Kampong Speu verfügen er und seine Frau über Landflächen mit über 16.000 Hektar Gesamtfläche, die auch unmittelbar aneinandergrenzen. Die Menschen in den betroffenen Gebieten sind seinen illegalen Machenschaften und den damit verbundenen Repressalien schutzlos ausgesetzt.⁴⁸

Die GIZ selbst verteidigt jedoch ihr Projekt in Kambodscha. Wenn man etwas realisieren wolle, müsse man mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten, meint GIZ-Regionalchef Adelbert Eberhardt. Auch die Bundesregierung verteidigt die Zusammenarbeit mit Kambodscha und ihre hohen finanziellen Unterstützungen im Landmanagement. Konstruktives Engagement sei wesentlich sinnvoller, als die Zusammenarbeit mit Hun Sen, Kambodschas Ministerpräsidenten aufzukündigen.⁴⁹ So fanden Am 4.12.2013 in Phnom Penh die deutsch-kambodschanischen Regierungsverhandlungen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit statt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellte für die Jahre 2013 und 2014 insgesamt 47 Millionen Euro zur Verfügung. Thema war auch hier insbesondere die kambodschanische Landreform und die Unterstützung von deutscher Seite. Die Zusammenarbeit müsse sich in Zukunft noch stärker darauf konzentrieren, den Schwächsten in der kambodschanischen Gesellschaft zu Landtiteln zu verhelfen. Die kambodschanische Regierung hätte in dieser Hinsicht bereits beachtliche Fortschritte erzielt. Zudem seien unter anderem neue Investitionen in die ländliche Infrastruktur wie Straßen, Brücken und Märkte vorgesehen.⁵⁰

9. Fazit – Suche nach Lösungsansätzen

Die EBA-Initiative ist aus guten Überlegungen entstanden, um Entwicklungsländern einen einfachen Zugang zum europäischen Markt zu ermöglichen. Damit hätte die Initiative an sich sicherlich das Potential, diesen armen Län-

⁴⁶ Von dieser unklaren Rechtslage profitieren wiederum die Zuckerkonzerne- Land Grabbing trifft damit kaum auf rechtliche Hindernisse.

⁴⁷ <http://www.trust.org/item/20130917055110-wdiuy/> 17.09.2013

⁴⁸ <https://www.boell.de/de/oekologie/asien-zucker-fuer-eu-landraub-in-kambodscha-11975.html> 09.11.2011

⁴⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-122579513.html> 25.11.2013

⁵⁰ http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/archiv/2013/dezember/131204_Deutsch-kambodschanische-Regierungsverhandlungen-erfolgreich-verlaufen/index.html 04.12.2013

dern auch zu helfen. Von dem durch die Initiative ausgelösten Zuckerboom in Kambodscha profitieren jedoch nur internationale Großkonzerne unter Beteiligung staatlicher Akteure. Kambodschanische Bäuer_innen hingegen sind die Verlierer_innen des internationalen Agrarhandels und der niedrigen Zollbarrieren - sie verarmen, da ihr Ackerland enteignet wird, sie aus ihrer Heimat vertrieben werden und ihnen somit ihre Lebensgrundlage genommen wird.

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, welche Nischen es für die Kleinbäuer_innen gibt, um von den niedrigen Zollbarrieren auch in irgendeiner Hinsicht zu profitieren. Grundlegend sind die ungelösten Landkonflikte jedoch zu zahlreich, die Folgen von Zwangsvertreibung zu existenziell und die Eliten zu korrupt, gierig und skrupellos, als dass es wahrscheinlich wäre, dass sich die dezentralen Konfrontationen noch einvernehmlich lösen ließen.

Lösungen müssen daher auf der Handlungsebene der Europäischen Union ansetzen. Bisher fehlt es jedoch der Europäischen Kommission am nötigen Durchsetzungswillen. Zuerst müsste einem Handelsinstrument wie EBA, eine menschenrechtliche Folgenabschätzung vorausgehen, um Auswirkungen auf die armen und diskriminierten Bevölkerungsgruppen detailliert abzuschätzen. Ein mögliches temporäres Aussetzen der Handelspräferenzen für Zucker hat demnach großes Potential, um zu einer Verbesserung der dramatischen Situation der betroffenen Bäuer_innen vor Ort beizutragen.

In diesem Zusammenhang muss auch über die „menschenrechtssichere“ Gestaltung des Investitionsrechts und die Stärkung alternativer Investitionen, auch durch die Entwicklungszusammenarbeit, nachgedacht werden. Denn Menschenrechte müssen auch verbindlich für die Finanzwelt gelten. Investmentfirmen und Banken bieten Fonds und Anlagemöglichkeiten im Bereich Landwirtschaft an, ohne dass klar ist, was dies für die lokale Bevölkerung vor Ort bedeutet. Meist wissen die Anbieter_innen dieser Geldanlagen selbst nicht genau, was die Firmen, in die investiert wurde, vor Ort anrichten. Privatanleger_innen sollten sich daher im Voraus über die Art und mögliche negative Effekte ihrer Geldanlagen informieren und bei ihrer Bank nachhaken. Finanzinvestor_innen sollten nach dem Vorsorgeprinzip verfahren und nur investieren, wenn sie ausschließen können, dass damit nicht Firmen unterstützt werden, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Selbstverpflichtungen von Banken und Investmentfirmen werden jedoch letztendlich nicht ausreichen, um Menschenrechtsverletzungen im Kontext solcher Investitionsaktivitäten zu verhindern. Daher wäre ein Beschwerdemechanismus sinnvoll, bei dem Firmen in dem Land, in dem sie ihren Hauptsitz haben, für mögliche Verletzungen von Menschenrechten zur Rechenschaft gezogen werden können.

Aber auch einzelne Konsument_innen in Europa können einen Beitrag leisten: Boykott-Aktionen von in Kambodscha produziertem Zucker kann die europäische Handlungsebene zum Nachdenken anregen.

Erste Lichtblicke gibt es bereits: Chouk, Schauplatz massiver Menschenrechtsverletzungen in den letzten Jahren, kam 2013 mit internationalen Gebern in Kontakt. So hilft die französische NGO SIFAR beim Bau einer Schule und zahlt den Lehrkräften einen angemessenen Lohn. Ein malaysischer Investor hat die erste und einzige Wasserpumpe im Ort gebaut. Den Menschen im Ort wird so der Zugang zu elementaren Dingen wie Bildung und Trinkwasser wieder ermöglicht. Auch große Veränderungen fangen manchmal klein an.

Disclaimer

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Südostasien (RLS SOA) hat dieses Working paper unterstützt. Der Inhalt dieses Dokuments spiegelt jedoch die Meinung des autors wieder. Diese Meinung ist nicht automatisch die Meinung der RLS SOA. Die RLS SOA übernimmt keine Haftung für die Korrektheit oder Rechtmäßigkeit der im Workin Paper dargestellten Informationen.

Information zum Autor

Fabian Theodor Kießling war von März bis Mai 2014 Praktikant bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Südostasien mit Sitz in Hanoi. Er ist Soziologe und Europawissenschaftlicher und hat an der Universität Bamberg, der Université de la Réunion, St. Denis und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder studiert. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich der Migration und Integration im nationalen und globalen Kontext.